

ROLAND RECK

„Misstrauen ist ein starkes Motiv“

Es ist bitter, aber wahr. 20 Jahre nach „Deutschland einig Vaterland“ erfährt die Republik eine gesellschaftliche Zäsur, die wie damals Mauern zum Thema hat. Der historisch bedeutsame Bahnhof in Stuttgart, der unter die Erde soll, hat zunächst wenig mit dem historischen Mauerwerk entlang der innerdeutschen Grenze zu tun.

Und Stefan Mappus hat gar nichts mit Erich Honecker zu tun. Wäre da nicht die Macht, um die es damals in Leipzig und Berlin ging und um die es heute in Stuttgart und Berlin geht. Doch anders als damals beim Mauerfall in Berlin vereinigen die einstürzenden Mauern des Stuttgarter Bahnhofs

Was treibt Bürger auf die Barrikaden? Warum begehren sie auf und geben sich nicht zufrieden mit den Entscheidungen, die in Parlamenten und vor Gericht getroffen wurden? Und warum suchen sie ihr Heil in Bürgerinitiativen und nicht bei Parteien? Eine Spurensuche in Oberschwaben mit Blick nach

Biberach und der B30 gelegen, treibt Josef Weber seinen Biohof um. Ihm raubt das Straßenprojekt den Schlaf. Er und seine Mitstreiter kämpfen in einer Bürgerinitiative gegen die geplante Trasse. Der Biobauer ist ein Grüner der ersten Stunde, der seinen Protest auch als Stadt- und Kreisrat in Bibe-



Engagement und Kreativität sind notwendige Voraussetzungen, wenn Bürgerinitiativen erfolgreich sein wollen. Als Umweltministerin Tanja Gönner am 23. Mai 2009 Bad Wurzach besuchte, charterte die Bürgerinitiative ein Sportflugzeug, das mit einem Banner die Ministerin darauf aufmerksam machte, dass es zum geplanten Industrie- und Gewerbebestandort im Wurzacher Becken (Zwings) eine sinnvolle Alternative gibt, nämlich auf dem Gelände der Industriebrache von Stora Enso bei Baienfurth.

Fotos: Roland Schmidt-Hagenlocher

nicht, sondern spalten und errichten ein neues Mauerwerk, das quer durchs Land die Geister scheidet.

Die Festreden sind gerade erst verklungen, in denen noch einmal der bürgerliche Mut zum Widerstand gegen das SED-Regime und die Forderung nach Demokratie gelobt wurden, damals in der DDR. Die Feierabenddemonstranten in Leipzig (immer montags) und Berlin haben friedlich, aber entschieden mit ihrer Parole „Wir sind das Volk“ den Parteibonzen den Schneit abgekauft, damals in der DDR. Und nun schicken sich 21 Jahre später im Musterländle brave Bürger im feinen Zwirn an, wegen eines ollen Bahnhofs ebenfalls die Machtfrage zu stellen. Die saturierten Bürger in Stuttgart bedienen sich dabei ungeniert der Requisiten und Symbole der einst zu kurz gekommenen, aber in ihrem revolutionären Aufbegehren erfolgreichen DDR-Bürgern. „Wir sind das Geld“ höhnen die Stuttgarter – immer montags und immer häufiger auch anderntags und immer mehr und immer lauter.

Stuttgart.

Es ist ja nicht so, dass Stuttgart 21 ohne Beispiel wäre. Vielerorts nehmen Bürger ihre Interessen in die eigene Hand und pfuschen den Entscheidungsträgern gewaltig ins Handwerk und immer folgt der Aufschrei aus den Institutionen, die ihre demokratisch legitimierte Macht oder ihre wirtschaftlichen Interessen im Bürgerprotest zerbröseln sehen. Das Abendland ist dann in Gefahr, wenn Straßen verhindert werden, und Arbeitslosigkeit und gesellschaftlicher Niedergang ist das Zukunftsszenario, wenn ein interkommunales Gewerbegebiet der Feldlerche und ihren Beschützern zum Opfer fällt. Und der lachende Dritte ist immer der Chinesen!

Ähnlich lange wie an Stuttgart 21 wird in Biberach bereits an der Nord-West-Umfahrung und deren Anbindung an die B30 geplant. Nun soll die Verkehrsbelastung für die Kreisstadt kommen und mit der Umgehung, deren Anschluss an die B30, der aber wird den Teilort Mettenberg stark in Mitleidenschaft ziehen. In dem kleinen Ort, zwischen



Bürgerinitiativen sind interessengeleitet, aber verstehen sich als überparteilich in ihrem Engagement für oder wider eines Projekts vor ihrer Haustüre. Der gemeinsame Kampf schweiß zusammen. Foto oben: Bürger aus dem Haistergau und aus Wurzach tauschen sich aus. In der Mitte Andrea Hagenlocher (bunter Pullover) und Stefan Höfel (2. Reihe, 2. von rechts). Foto ganz unten: Der geplante Standort des interkommunalen Industrie- und Gewerbegebiets OGI im Wurzacher Becken. Die weiße Plane sollte verhindern, dass seltene Vogelarten dort brüten, deren Schutz womöglich das ganze Projekt gefährden würde, so die Überlegung der Planer.

rach zu Gehör bringt. Bisher erfolglos. Der 53-Jährige klingt frustriert, wenn er von den vergeblichen Anstrengungen erzählt, die die Bürgerinitiative in Mettenberg unternommen hat. Aufgeben will er aber nicht, auch wenn er feststellen muss, dass noch nicht einmal alle Grüne im Kreistag sein Anliegen unterstützen und aus den anderen Fraktionen ihm die Frage gestellt wird, ob er noch Demokrat sei, wenn er Mehrheitsentscheidungen nicht akzeptiere. „Ich habe gelernt einzustecken“, kommentiert er lapidar und begründet seinen Widerstand mit dem inakzeptablen Flächenverbrauch und seiner Überzeugung: „Es ginge auch anders.“



Davon ist er auch bei Stuttgart 21 überzeugt. Der Protest dagegen entstehe, „weil viele der Politik nicht mehr vertrauen“, erklärt das vielfach engagierte Parteimitglied und der hoch motivierte Kommunalpolitiker.

Josef Weber ist eher die Ausnahme. Von der politischen Gremienarbeit versprechen sich wenige in den Bürgerinitiativen fachkundige und sachgerechte Entscheidungen. Statt in Sitzungen über Satzungen zu debattieren, verbeißen sie sich zu Hause in Gutachten und beweisen sich bei Bürgerversammlungen als fachkundige Besserwisser. Das Misstrauen gegen die Politik beginnt ganz unten. Aus Erfahrung, meint Andrea Hagenlocher. Die in Haisterkirch praktizierende Tierärztin war zehn Jahre lang Ortschaftsrätin, aber den geplanten großflächigen Kiesabbau (150 Hektar) und die Ansiedlung eines Großsägewerks (50 bis 100 Hektar) im Haistergau vor ihrer Haustüre hat sie als Frontfrau der Bürgerinitiative verhindert. Konzentration auf das Wesentliche ist dabei ihr Erfolgsrezept. Mit ihren Erfahrungen ist die Mutter zweier erwachsener Kinder inzwischen gesuchte Beraterin anderer Bürgerinitiativen. So auch im benachbarten Bad Wurzach. Dort hat die Planung eines interkommunalen Gewerbegebietes auf der grünen Wiese mitten im Wurzacher Becken den Bürgerprotest hervorgerufen.

Hagenlocher und ihre Mitstreiter kämpften sich durch das Gutachten. Drei Aktenordner voll. „Wir lesen alles“, behauptet die parteilose Umweltschützerin, im Unterschied zu den Gemeinderäten, das mache ihre Stärke aus. Und den „Mauscheleien“ in den Gremien setzten sie „Transparenz“ entgegen. „Wir informieren schonungslos und drücken uns so aus, dass uns jeder versteht.“ Die forsche Aktivistin ist dabei von heiterer Gelassenheit, wenn sie Verständnis dafür aufbringt, dass Gemeinderäte „von der Informationsflut überfordert sind“ und „oft abnicken ohne genau zu wissen, worum es geht“. Dass eine gut organisierte Verwaltung beim Gemeinderat durchsetze, was sie wolle, davon ist Andrea Hagenlocher überzeugt. Das ist auch in Bad Wurzach so gewesen, doch dann traten die Bürger auf den Plan und setzten sich durch. Das Landratsamt und das Regierungspräsidium schlossen sich der Kritik der Bürgerinitiative an und stoppten das Projekt. Vorerst.

Während die Tierärztin strikt gegen Stuttgart 21 ist, weil sie „gegen Größenwahn jeder Art“ sei, nimmt ihr Mitstreiter Dr. Stefan Höfel, Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative in Bad Wurzach, Biologe und gebürtiger Stuttgarter, eine eher zustimmende Haltung ein: „So schlecht find' ich das eigentlich nicht.“ Vor allen Dingen aber macht der 51-Jährige den Gegnern zum Vorwurf, dass der Protest zu spät komme. Einig sind sich die beiden Bürgeraktivisten jedoch in dem Motiv, das beide dazu bewogen hat, sich einzumischen. Andrea Hagenlocher: „Wir haben kein Vertrauen zu dem, was uns von oben herab erzählt wird. Misstrauen ist ein starkes Motiv.“ Höfel fordert, statt dass Industrieansiedlungen dem Prestige der Bürgermeister dienen, sollten Industrieansiedlungen kreisweit koordiniert werden.

Auch die Bürgerinitiative in Kießlegg treibt das Misstrauen an. „Helfen Sie mit, sinnloses Handeln auf kommunaler Ebene zu verhindern“, heißt es auf ihrer Webseite. Armin Kohler sagt, „von Biologie bin ich meilenweit entfernt“, dennoch sorgt sich der EDV-Angestellte um das Arrisrieder Moos, „ein hoch sensibles Gebiet“, das er und seine Mitstreiter ebenfalls durch ein interkommunales Gewerbegebiet bedroht sehen. „Nachhaltigkeit ist das Unwort des Jahres“, drückt der 52-Jährige seine Missachtung aus. Es werde „viel von Nachhaltigkeit geredet und völlig entgegen gehandelt“. Und Kohler kritisiert wie Hagen-



Jetzt Riester-Förderung sichern:
Über **51%** sind möglich!*
Mit der Sparkassen-RiesterRente.



Alt werden lohnt sich.
Mit der Sparkassen-
Altersvorsorge.



Sie können zwar nicht ewig jung bleiben - aber sich aufs Alter freuen. Mit der Sparkassen-Altersvorsorge entwickeln wir gemeinsam mit Ihnen ein auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittenes Konzept für Ihre private Vorsorge und zeigen Ihnen, wie Sie alle staatlichen Fördermöglichkeiten optimal für sich nutzen. Vereinbaren Sie jetzt ein Beratungsgespräch in Ihrer Geschäftsstelle oder informieren Sie sich unter www.sparkasse.de. **Wenn's um Geld geht - Sparkasse.**

* Die Höhe der staatlichen Förderung für Ihre Vorsorge ist abhängig von Ihrer Lebenssituation.

locher das amtliche Vorgehen. Das Gutachten zum Projekt habe 1000 Seiten und sei zwei Wochen vor der Entscheidung erst einsehbar gewesen. Und in den Gemeinderatsitzungen könne man beobachten, dass Räte erst in der Sitzung die Umschläge aufreißen, in denen ihnen die Unterlagen zugegangen seien, kritisiert Kohler. Kumpanei statt kritische Prüfung der Verwaltungsvorlagen bestimme die Entscheidungsfindung im Gemeinderat. Für Armin Kohler ist das inakzeptabel. Einmischung ist Pflicht. Also trat die Bürgerinitiative mit einer eigenen Liste zu den Kommunalwahlen 2009 an. Zwei Ortschaftsräte in Waltershofen waren das Ergebnis. Das hätte besser sein können, räumt Kohler ein. Eine gemeinsame Liste mit den Grünen wurde trotz gemeinsamer Gegnerschaft gegen das Projekt von der Bürgerinitiative abgelehnt. Man will sich partout kein parteipolitisches Mäntelchen überziehen lassen, sondern sich ganz auf den Stein des Anstoßes konzentrieren.

„Das hatte es noch nie gegeben“

KREIS BIBERACH. Es war ein aufregender Sommer. Die Nation verfolgte gebannt, was sich tut im Osten des geteilten Landes, wo sich immer mehr Protest entwickelte in und um die Kirchen herum gegen das Regime der Greise im Politbüro.

Aber niemand glaubte an deren Sturz und erst recht nicht an den Einsturz der Mauer. Aber dass es nicht so bleiben konnte, daran gab es mit Michail Gorbatschow keinen Zweifel, der den Genossen Erich Honecker mahnte: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!“ Das war bereits im Oktober 1989. Deutschland stand im Fokus der Weltpolitik.



Historisch: Am 2. Dezember 1989 protestierten 10.000 Menschen gegen eine geplante Müllverbrennungsanlage (Foto oben). Heimsuchung: Landrat Wilfried Steuer (Mann mit Tasche) wird im Landratsamt von seinen „lieben oberschwäbischen Landsleuten“ zur Rede gestellt. Foto rechts oben: Protest am Schopf. Fotos: Johannes Angele

Dagegen mutet bescheiden an, was sich im Landkreis Biberach im Sommer und Herbst 1989 tat. Aber der „Wind of change“ (Sorpions 1989) blies auch dort und ließ Dinge geschehen, die bis dahin im schwarzen Oberland unvorstellbar waren. Denn im Lande Biberach herrschte Wilfried Steuer (CDU) mit absolutistischer Mehrheit.

In Haisterkirch ist man schon weiter. Erfolg macht frei. Entlang des Haisterbachs versteht man sich sowohl als Graswurzel als auch als Baumspitze. „Wir schauen über den Tellerrand hinaus“, sagt Andrea Hagenlocher. Und obwohl die Tierärztin keinen Zweifel daran lässt, dass Bürgerinitiativen „eine legale Form des Bürgerprotestes sind“, hält sie „nicht jede Bürgerinitiative für sinnvoll“. Warum? Ganz einfach: „Verallgemeinerungen sind immer gefährlich.“ Genauso wie „Größenwahn“, schlägt sie den Bogen. Meint sie Stuttgart 21? Auch. Aber davor war „der Bankencrash“, erinnert die Bürgerfrau. Das war auch eine Zäsur, die – fast schon vergessen – das Misstrauen schürte. Wie gesagt: ein starkes Motiv.



Johannes Angele (58), Unternehmer in Reinstetten bei Ochsenhausen und damals grüner Aktivist, erinnert sich. „Im Sommer 1989 wurden die Pläne bekannt, dass im Kreis Biberach eine Schwelbrennanlage für über 100.000 Jahrestonnen gebaut werden soll. Wir haben dann eine Bürgerinitiative „Das bessere Müllkonzept“ gegründet. Im Oktober waren Kreistagswahlen, da wurde ich gewählt. Im November wurden die Ergebnisse der ersten Standortuntersuchung bekannt gegeben und drei mögliche Standorte genannt: im Wald zwischen Ochsenhausen und Ringschnait, bei Äpfingen und bei Assmannshardt. Wir hatten kurz zuvor eine Demo in Biberach angesetzt auf den 2. Dezember. So gab es viel Zulauf und über 10.000 Leute waren bei schönstem Wetter auf der Demo in Biberach. In der Zeit fiel ja auch die Mauer in Berlin und „Wir sind das Volk“ hat uns angespornt. Kurz danach war dann in den ersten Sitzungen des neuen Kreistages Müllverbrennung das Hauptthema und es fanden Standort-besichtigungen unter heftigem Bürgerprotest statt. Das hatte es noch nicht gegeben, dass seine ‚lieben oberschwäbischen Landsleute‘ aus allen Bevölkerungsschichten gegen den Landrat protestierten. Zwischen Weihnachten und Neujahr lasen wir dann in der Schwäbischen Zeitung, dass Steuer die Pläne zu dieser Anlage zurückzieht. Es war wohl Ende 1990 oder Anfang 1991, dass Steuer dann vermeldete, dass er als Landrat zu Ende 1991 aufhören wird, weil ihm eine attraktive Stelle als Vorstandsvorsitzender bei der EVS angeboten worden war. Er hat natürlich nie zugegeben, dass ihn die einzige wirkliche Niederlage als Landrat dazu veranlasst hat.“

Johannes Angeles Fazit nach 21 Jahren: „Inzwischen sind im Biberacher Kreistag auch die früheren Befürworter der Verbrennungsanlage stolz, dass im Kreis Biberach keine teuren Fehlinvestitionen gemacht wurden und dadurch bescheidene Müllgebühren möglich sind. Und Steuer hatte das politische Gespür, rechtzeitig ein nicht durchsetzbares Projekt zurückzuziehen.“

„Wind of change“ wurde ein Welthit, in Oberschwaben inklusive. Aber „The Scorpions“ sind auf Abschiedstournee. Was mag es bedeuten?

ROLAND RECK

Zwei Traktate zur Politik(verdrossenheit)

„Ich bin wild und gefährlich“

Macht korrumpiert. Deshalb wird Macht in Demokratien kontrolliert. Soweit die Theorie. In der Praxis bedarf es dazu des Willens und des Könnens derjenigen, die in der Opposition sind. Nur, wer ist in der Opposition? Die Frage scheint absurd, wenn man sich die Fensterreden im Bundestag anschaut, wo das ritualisierte Für und Wider von Regierung und Opposition die Zuhörer langweilt.

Und nicht selten wird dieses Ritual für die Politikverdrossenheit im Lande verantwortlich gemacht. Ganz anders auf dem Lande, wo man stolz darauf ist, dass in den Gemeinderäten Parteipolitik keine Rolle spielt. Dort, so wird behauptet, stehe die Sache und nicht das Parteibuch im Vordergrund und bestimme das Abstimmungsverhalten. Alle ziehen dort an einem Strang, alle wollen das Beste, alle gehören zusammen, alle zusammen

sind mächtig und niemand ist korrumpiert. So das wohlgefällige Bild im Städtle und im Ländle.

Doch was passieren kann, wenn alle sich einig sind, das lässt sich im Ravensburger Stadtrat und seinem fast einstimmigen Beschluss für das millionenschwere Kunstmuseum studieren. Die Feststellung alleine sorgt für den lautesten Aufschrei bei dem, der bei den Grünen der große Wortführer ist. Manfred Lucha ist Fraktionsvorsitzender der Grünen im Stadtrat von Ravensburg und im März nächsten Jahres schickt er sich an, in den Landtag einzuziehen. Seine Chancen stehen gut, nicht zuletzt wegen Stuttgart 21, das er selbstredend für ein Milliardengrab hält. Und was die Grünen im Land werden wollen und können, nämlich zweitstärkste Kraft, das sind sie im Ravensburger Stadtrat bereits. Manfred Lucha ist deshalb auch der Macht schon ganz nahe, schließlich ist er auch schon stellvertretender Bürgermeister. „Manne“ Lucha ist wer in Ravensburg!

Der Grüne, der behauptet, „wild und gefährlich“ zu sein, ist auch vehementer Befürworter des Kunstmuseums, das als letzte Amtshandlung noch von OB Hermann Vogler (CDU) im Schweinsgalopp durch den Gemeinderat getrieben wurde. Kritiker erheben dagegen schwere Vorwürfe, sowohl was die Finanzierbarkeit des Millionenprojektes als auch was das formale demokratische Procedere angeht. BLIX berichtete darüber („Das Vermächtnis“, BLIX Juni 2010, S. 5ff.) Lucha zeigt sich empört über diese Kritik und beschimpft die Kri-

tiker innerhalb und außerhalb des Stadtrates als „Populisten“ und „Psychopathen“. Deren Vorwurf, dass der Stadtrat gar nicht wusste, worüber er abstimmte, hält er für infam, weil ehrabschneidend. Nun gibt es auch in den Gemeinderäten ein Ritual. Immer wenn es um den Haushalt des kommenden Jahres geht, treten die Fraktionsführer auf und beweisen ihre Kompetenz.

In schwungvollen Reden setzen sie Schwerpunkte in der Bewertung, befürworten oder kritisieren Haushaltsposten. Es ist der Moment, in dem sich kritischer Geist beweisen und Opposition sich zeigen kann. Es geht um das große Ganze, aber eben auch um das heikle Detail und um umstrittene Projekte. Diese Chance gilt es, in der Demokratie zu nutzen, schließlich soll auch die Öffentlichkeit Alternativen aufgezeigt bekommen und die Bürger die Botschaft erhalten, dass Wählen sinnvoll ist, weil die Gewählten sich für sie einsetzen. Es lohnt sich deshalb ein Blick in die Wortprotokolle dieser Haushaltsreden zu werfen, um einen Eindruck zu bekommen, ob die Vertreter der Bürgerschaft ihrer Aufgabe gerecht werden.

Die Finanzmisere war voll entbrannt, Ravensburg bis über die Halskrause verschuldet, hatte sich zu allem Überfluss auch noch mit Derivaten verspekuliert, der prekäre Haushalt 2009 stand zur Debatte und Lucha ergriff nach dem Fraktionsvorsitzenden der CDU August Schuler das Wort. „(...) immer ganz direkt nach dem Kollegen Schuler muss man immer einmal durchschnaufen, zumal ich kein konkretes Manuskript vorliegen habe, weil man immer schon darauf reagieren könnte, wenn man es wollte und das theoretisch“, heißt es im Protokoll zur Begrüßung.

Das war der erste von sehr, sehr vielen Sätzen, die eigentlich keine Sätze waren, die Lucha vortrug. (Redezeit rund 30 Minuten) In der Hälfte seines Kauderwelschs kam der Kommunalpolitiker dann auf das Kunstmuseum zu sprechen. Das Protokoll vermerkt dazu: „Das Kunsthaus ist ein Glücksfall, auch wenn jetzt schon wieder Briefe herum gehen von irgendwelchen Leuten, die uns unseriöse Finanzierung attestieren. Da muss ich einfach dazu sagen, Sie erklären es uns ja nachher vielleicht noch, Herr Oberbürgermeister, dass wir davon ausgehen, dass so wie es geplant ist, die Anmietung bei dem Investor ein ganz reelles, realwirtschaftliches Projekt ist.“

Macht korrumpiert und Nähe zur Macht auch. Gott sei Dank gibt es Bürgerinitiativen!

„Wem soll ich glauben?“

Wohin der Grüne Manfred Lucha will, dort ist Peter Schneider bereits. Im Landtag. Der CDU-Abgeordnete ist ein Mann mit viel Macht in Baden-Württemberg. Der ehemalige Landrat in Biberach wechselte 2006 als Präsident an die Spitze des Landessparkassenverbandes. Doch das ist beileibe nicht sein einziger tagesfüllender Job, dem er nachgeht.

Die Liste seiner Tätigkeiten ist schwindelerregend, die sich im Abgeordnetenhandbuch des Landtags finden (www.landtag-bw.de/WP14/Handbuch/Schneider_Peter.pdf). Geschäftsführer, Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender, Aufsichtsrat, Verwaltungsrat und zu guter Letzt auch noch ehrenamtliches „Mitglied des Beirats der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Stuttgart“. Aus all den Gremiensitzen und Funktionen, die der 52-Jährige einnimmt, ließen sich locker ein halbes Dutzend Vollzeitstellen für Hochqualifizierte machen. Schneider macht das nebenher zu seiner Präsidentschaft und zum Landtagsmandat oder umgekehrt. Lobbyismus und Politik aufs Engste verknüpft. Als CDU-Abgeordneter hat der Oberschwabe natürlich eine klare Position zu Stuttgart 21. „Stuttgart 21 ist von eminenter Bedeutung fürs ganze Oberland“, nimmt er dazu Stellung. Den Parteipolitiker ärgert vor allen Dingen, dass Die Grünen die politischen Nutznießer des „Zukunftsprojektes“ sind.

Seine Position ist klar, doch wie detailliert hat er sich mit den Plänen für das Bahnprojekt auseinandergesetzt, wie fundiert ist sein Urteil? Wann soll er die Zeit gehabt haben, um sich mit den zimmerfüllenden Plänen, Urteilen, Gutachten sowie Gegengutachten zu beschäftigen (siehe Handbuch)? Schneider lässt erkennen, dass er dazu keinen Bock hat. „Natürlich können wir uns gegenseitig mit immer neuen Gutachten totschiessen“, nimmt er Stellung im Wochenblatt und Zuflucht zum Glauben. „Nur wem soll ich glauben?“ In seiner Wissensnot schenkt er der Bahn sein Vertrauen, die „seit 150 Jahren Bahnstrecken in Deutschland baut“, erklärt der Abgeordnete und zeigt sich engagiert. Schneider: „Aus meinen Gesprächen mit den Projektverantwortlichen der Bahn habe ich den Eindruck gewonnen, dass sie verantwortungsvoll handelnde, erfahrene Menschen sind, die wissen, was sie tun, was technisch und finanziell notwendig ist, um dieses Großprojekt erfolgreich zu realisieren.“

Für einen Banker klingt das alles andere als solide geprüft. Aber Peter Schneider verkauft das Großprojekt ja als Politiker, der aus Erfahrung weiß, wer zuletzt die Zeche bezahlt. Das war bei der fast bankrotten Landesbank, deren Verwaltungsratsvorsitzender Schneider bis Juli 2010 war, ja auch schon so. Gott sei Dank gibt es Bürgerinitiativen!



Manfred Lucha will in den Landtag. Foto: Made Höld



Peter Schneider ist im Landtag. Foto: Georg Kliebhahn